

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie (9. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Sahra Wagenknecht, Michael Schlecht, Dr. Barbara Höll, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.  
– Drucksache 17/5905 –**

**zu dem Vorschlag einer Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über Durchsetzungsmaßnahmen zur Korrektur übermäßiger makroökonomischer Ungleichgewichte im Euro-Währungsgebiet (Ratsdok. 14512/10; KOM(2010) 525)**

**und**

**zu dem Vorschlag einer Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Vermeidung und Korrektur makroökonomischer Ungleichgewichte (Ratsdok. 14515/10; KOM(2010) 527)**

**hier: Stellungnahme gegenüber der Bundesregierung gemäß Artikel 23 Absatz 3 des Grundgesetzes**

### **A. Problem**

Aufforderung gegenüber der Bundesregierung sich für eine Reihe von Maßnahmen einzusetzen, darunter ein symmetrischer Ansatz bei der Korrektur, verbindliche Auslösung der Korrekturmaßnahmen, verbindliche Aufforderung an Überschussländer die Binnennachfrage zu erhöhen, Strafzinsen auf Leistungsbilanzüberschüsse, Einführung von Euro-Anleihen, Gewährung niedrig verzinsster Kredite durch eine von der Euro-Gruppe zu gründende Europäische Bank für Staatsanleihen.

### **B. Lösung**

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE.**

### **C. Alternativen**

Keine.

**D. Kosten**

Kosten wurden nicht erörtert.

**E. Bürokratiekosten**

Keine.

## **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag auf Drucksache 17/5905 abzulehnen.

Berlin, den 8. Juni 2011

### **Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie**

**Ernst Hinsken**  
Vorsitzender

**Garrelt Duin**  
Berichterstatter

## Bericht des Abgeordneten Garrelt Duin

### I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 17/5905** wurde in der 111. Sitzung des Deutschen Bundestages am 26. Mai 2011 an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie zur federführenden Beratung sowie an den Finanzausschuss, den Haushaltsausschuss und den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen.

### II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Fraktion DIE LINKE. kritisiert in ihrem Antrag die deutschen Leistungsbilanzüberschüsse. Diese seien auf das Lohn-, Steuer- und Sozialdumping durch die Agenda 2010 zurückzuführen und beförderten die Zunahme privater und staatlicher Verschuldung anderer EU-Staaten. Bei den Verhandlungen über einen Mechanismus zur Korrektur außenwirtschaftlicher Ungleichgewichte auf europäischer Ebene verfolge die Bundesregierung einen asymmetrischen Ansatz, der allein die Defizitländer zu Anpassungen zwingen solle. Dieser Ansatz nehme die Bevölkerungsmehrheit in Haftung für die Wirtschafts- und Finanzkrise und sei ökonomisch unsinnig, da er den Aufschwung abwürge. Deshalb soll die Bundesregierung den Verordnungen zur Korrektur makroökonomischer Ungleichgewichte im Ministerrat und im Europäischen Rat nicht abschließend zustimmen, wenn eine Reihe von Maßnahmen nicht erfüllt werden. Die Fraktion DIE LINKE. fordert die Bundesregierung auf, sich auf europäischer Ebene u. a. dafür einzusetzen,

- dass makroökonomische Ungleichgewichte symmetrisch identifiziert, vermieden und korrigiert werden – also nicht nur die Rolle der Defizite, sondern auch die der entsprechenden Überschüsse beleuchtet wird;
- dass die entsprechenden Korrekturmaßnahmen beim Auftreten makroökonomischer Ungleichgewichte verbindlich ausgelöst werden;
- dass der „Blaue Brief“ gegenüber einem Land mit chronischen Leistungsbilanzüberschüssen die Aufforderung enthält, Vorschläge zu entwickeln, die geeignet sind, die Binnennachfrage durch höhere Löhne – insbesondere einen gesetzlichen Mindestlohn –, höhere öffentliche Investitionen und eine Ausweitung des Sozialstaats zu steigern.

Wegen der Einzelheiten wird auf Drucksache 17/5905 verwiesen.

### III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Finanzausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 17/5905 in seiner 53. Sitzung am 8. Juni 2011 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Haushaltsausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 17/5905 in seiner 56. Sitzung am 8. Juni 2011 beraten und

mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat die Vorlage auf Drucksache 17/5905 in seiner 41. Sitzung am 8. Juni 2011 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag abzulehnen.

### IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie hat die Vorlage auf Drucksache 17/5905 in seiner 46. Sitzung am 8. Juni 2011 beraten.

Die **Koalitionsfraktionen der CDU/CSU und FDP** betonten, der Antrag zielen darauf ab, erfolgreiche Staaten zu bestrafen und nichterfolgreiche zu belohnen. Er sei deshalb ungeeignet, den Wettbewerb in Europa zu fördern. Die Forderung, wonach bei Feststellung eines zu hohen Außenhandelsüberschusses 3 Prozent des Bruttoinlandproduktes zur Umverteilung innerhalb der Europäischen Union zur Verfügung gestellt werden sollten, sei überzogen. Es sei auch äußerst fraglich, ob man von Außenhandelsüberschüssen auf fehlende Binnennachfrage schließen könne. Wenn man hohe Exportüberschüsse erziele, so könne man auch viel importieren. Gegenwärtig steige das Volumen bei den Importen schneller als bei den Exporten.

Die **Fraktion der SPD** erklärte, sie lehne den Antrag ab, begrüße aber die Forderung nach einer Stärkung der Binnennachfrage. Man brauche eine gezielte Förderung von Bildung und Forschung sowie Investitionen in Infrastruktur. Der Ausgestaltung der Strategie Europa 2020 komme nicht ausreichend Aufmerksamkeit zuteil. Solange man sich auf die Debatte um Details beim Europäischen Stabilisierungsmechanismus (ESM) beschränke, werde man die grundlegenden Probleme der Europäischen Union und der Euro-Gruppe nicht lösen.

Die **Fraktion DIE LINKE.** vertrat den Standpunkt, die vermeintliche Stärke der deutschen Wirtschaft ergebe sich aus einem sehr großen Leistungsbilanzüberschuss. Dies sei aber vielmehr Ausdruck deren Schwäche. Deutschland habe den Arbeitsmarkt dereguliert und befristete Arbeitsverhältnisse sowie Leiharbeit gefördert, um Lohndumping durchzusetzen. Auch die Einführung von Minijobs sowie vom Arbeitslosengeld II hätten dazu beigetragen, dass ein Beschäftigter in Deutschland heute durchschnittlich 4,5 Prozent weniger Lohn habe, als dies vor zehn Jahren der Fall gewesen sei. Die anderen Staaten Europas hingegen hätten im gleichen Zeitraum Lohnsteigerungen verzeichnet. Dieser Sonderweg habe zu der Schuldenkrise in Europa geführt. Der von der Bundesregierung favorisierte asymmetrische Ansatz würde die Absatzmärkte der deutschen Unternehmen schwächen und somit zum wirtschaftlichen Niedergang der EU insgesamt führen.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** betonte die Bedeutung der Verringerung makroökonomischer Ungleichgewichte. Gerade die Entwicklung in Spanien und Irland habe gezeigt, dass man sich nicht auf die Beobachtung der Staatsverschuldung beschränken könne, sondern weitere Indikatoren brauche. Man müsse beim Abbau der Ungleichgewichte aber symmetrisch vorgehen. Auch aus deutscher Sicht sei es problematisch, wenn die Leistungsbilanzüberschüsse dermaßen groß seien, dass man keinen realen Gegenwert mehr für die Exporte bekommen könne.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE., dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/5905 zu empfehlen.

Berlin, den 8. Juni 2011

**Garrelt Duin**  
Berichterstatter





